



Redigiertes Wortprotokoll der 53. Sitzung

Ausschuss für Tourismus

Berlin, den 15. November 2023, 15:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

4.600

Vorsitz: Jana Schimke, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 4

Öffentliche Anhörung zum Thema

**„Herausforderung barrierefreies Reisen – neue
Wege, schnellere Erfolge?“**



Teilnehmende Ausschussmitglieder

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Troff-Schaffarzyk, Anja Werner, Lena Yüksel, Gülistan Zierke, Stefan	
CDU/CSU	Brehmer, Heike Donth, Michael Karliczek, Anja Schimke, Jana Wittmann, Mechthilde	Oellers, Wilfried
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gastel, Matthias Otte, Karoline Schmidt, Stefan	
FDP	Hanke, Reginald Tippelt, Nico	
AfD	Münzenmaier, Sebastian	



Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung zum Thema
„Herausforderung barrierefreies Reisen – neue Wege, schnellere Erfolge?“
am Mittwoch, 15. November 2023, 15:00 – 16:15 Uhr

Peggy Fauß

Thüringer Tourismus GmbH

Jonas Fischer

Referent für Barrierefreiheit beim Sozialverband VdK Deutschland e. V.

Norbert Kunz

Geschäftsführung Deutscher Tourismusverband e. V.

Markus Luthe

Hauptgeschäftsführer Hotelverband Deutschland

André Nowak

Sprecher AG Tourismus des Deutschen Behindertenrates

Tino Richter

Geschäftsführer Tourismusverband Sächsische Schweiz

Rolf Schrader

Vorstand und Geschäftsführer Deutsches Seminar für Tourismus Berlin e. V.

Imke Wemken

Geschäftsführerin Ostfriesland Tourismus GmbH

Das Gesamttabelleau der Sachverständigen wurde im Einvernehmen aller Fraktionen vorgeschlagen und beschlossen.



Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema „Herausforderung barrierefreies Reisen – neue Wege, schnellere Erfolge?“

hierzu wurde verteilt: A-Drs. 20(20)129 (Anlage 1)
A-Drs. 20(20)130 (Anlage 2)
A-Drs. 20(20)131 (Anlage 3)
A-Drs. 20(20)132 (Anlage 4)
A-Drs. 20(20)133 (Anlage 5)
A-Drs. 20(20)134 (Anlage 6)
A-Drs. 20(20)135 (Anlage 7)
A-Drs. 20(20)136 (Anlage 8)

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie herzlich zu unserer 53. Sitzung des Ausschusses für Tourismus. Unsere heutige öffentlichen Anhörung befasst sich mit dem Thema „Herausforderung barrierefreies Reisen – neue Wege, schnelle Erfolge“. Ich möchte mich zunächst entschuldigen, dass wir heute erst eine Stunde später mit unserer öffentlichen Anhörung beginnen können. Es gab eine Reihe von Sonderfraktionssitzungen und da gehört es zur guten parlamentarischen Ordnung, dass in solchen besonderen Fällen die Gremiensitzungen entsprechend neu terminiert werden. Vielen Dank für Ihre Geduld.

Wir begrüßen in alphabetischer Reihenfolge Frau Peggy Fauß von der Thüringer Tourismus GmbH, wir begrüßen Herrn Jonas Fischer, Referent für Barrierefreiheit beim Sozialverband VdK Deutschland e.V., wir begrüßen Herrn Norbert Kunz, Geschäftsführer des Deutschen Tourismusverbandes. Mit dabei ist Herr Markus Luthé, Hauptgeschäftsführer des Hotelverbandes Deutschland. Wir haben in der Runde dabei Herrn André Nowak, Sprecher der AG Tourismus des Deutschen Behindertenrates. Herr Tino Richter, Geschäftsführer des Tourismusverbandes Sächsische Schweiz, ist digital zugeschaltet. Wir begrüßen Herrn Rolf Schrader, Vorstand und Geschäftsführer vom Deutschen Seminar für Tourismus Berlin und zuletzt noch Frau Imke Wemken, Geschäftsführerin der Ostfriesland Tourismus GmbH.

Die Obleute haben sich auf zwei Fragerunden à sechs Minuten verständigt, das heißt, jede Fraktion hat sechs Minuten Zeit, ihre Fragen an Sie zu richten und Sie haben die Aufgabe, innerhalb dieser

Zeit, die an Sie gestellten Fragen, zu beantworten.

Mit in unserer Runde ist heute Abg. Wilfried Oellers anstatt des Abg. Carsten Linnemann. Er ist Sprecher für Behindertenpolitik der CDU/CSU-Fraktion.

Ich gebe nun das Wort an die SPD-Fraktion, Frau Abg. Troff-Schaffarzyk, bitte sehr.

Abg. **Anja Troff-Schaffarzyk** (SPD): Meine erste Frage geht an Frau Wemken. Wenn wir hier über „Reisen für Alle“ und die Zukunft dieses Programms sprechen, ist es für uns klar, dass wir mit dieser sehr etablierten Marke auf jeden Fall weitermachen wollen. Dazu brauchen wir aber ein bundesweit einheitliches Informationssystem. Wir haben bisher nur 2.700 zertifizierte Betriebe. Wir müssen uns daher darüber Gedanken machen, was man tun muss, um dieses Programm weiter nach vorne zu bringen. Ich bin mir sicher, dass es auf jeden Fall weiterhin eine tatkräftige Unterstützung der Tourismus-Marketing-Agenturen vor Ort braucht.

Frau Wemken, ich würde Sie um einen kurzen Erfahrungsbericht bitten. Wie bilden Sie in Ostfriesland die Barrierefreiheit in Ihrer täglichen Arbeit ab? Ist „Reisen für Alle“ etwas, was aktiv nachgefragt wird oder müssen Sie sehr viel Werbung dafür machen? Wie ist der Bekanntheitsgrad? Führt die Arbeit für „Reisen für Alle“ in Ihrer Agentur zu personellem und finanziellem Mehraufwand?

Imke Wemken (Ostfriesland Tourismus GmbH): „Reisen für Alle“ treibt uns in Ostfriesland seit gut zehn Jahren um. Wir sind mit großer Leidenschaft dabei. Ich glaube, das ist ein wichtiges Element, um dort voranzukommen. „Reisen für Alle“ war für uns ein wichtiger Baustein, um überhaupt dieses wirklich komplexe Thema der Barrierefreiheit anpacken zu können. Wir haben dadurch verlässliche und fachlich aufbereitete Informationen als Grundelement für alles zur Verfügung, was wir in der Kommunikation mit dem Gast haben möchten. Wir sind sehr engagiert und haben seit 2011 eine Mitarbeiterin, die mit mindestens 30 Wochenstunden bei der Ostfriesland Tourismus GmbH tätig ist und dieses Thema mit viel Leidenschaft betreut.



Die aktuelle Mitarbeiterin ist selbst „Kinderwagenpilotin“, sie hat ein einjähriges Kind und kann das von daher sehr gut in der eigenen Praxis nacherleben.

Wir haben angefangen, indem wir diesen Baustein „Reisen für Alle“ hatten. Wir sind Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft „Leichter Reisen“ – also auch bundesweit gut vernetzt. Für uns war es wirklich ausschlaggebend, dass wir an der Stelle diese Grundlageninformationen hatten, um dann voranzugehen. Das ganze Thema wird bei uns neben der personellen Betreuung auch durch Medien begleitet.

Uns ist wichtig: Wir brauchen Leistungsträger, die auch mit Leidenschaft dabei sind. Von daher braucht man ein Angebot, das die Servicekette voll abdeckt: also das Hotel, die Erlebnismöglichkeiten vor Ort und die Gastronomie. Es fängt oft schon bei der Information zur An- und Abreise an. Das muss alles stimmig funktionieren.

Das Thema „Barrierefreiheit“ betrachten wir vornehmlich unter dem Aspekt der Dienstleistung („Service“). Das zieht sich durch alle Bereiche unserer Tätigkeit. Wir in Niedersachsen haben – im Gegensatz zu anderen Ländern – die glückliche Ausgangssituation, dass wir sehr gute, eigens geschulte sogenannte „Erheber“ haben. Diese Erheber können mit ihrem fachkundigen Blick vieles erfassen, was jemand, der das nicht so häufig macht, gar nicht sehen würde. Darüber hinaus beraten und begleiten die Erheber die Betriebe bei ihrer Arbeit. Das ist ein großer Gewinn für uns.

Wir arbeiten sehr eng mit der Landesebene zusammen, die auch eine große Kofinanzierung leistet. In Niedersachsen kostet eine Erstzertifizierung 50 Euro, eine Rezertifizierung 30 Euro. Das ist ein sehr niederschwelliger Zugang für den Leistungsträger. Das hilft dabei viele Betriebe einbinden zu können.

Auch im Rahmen des Bewertungssystems („Scoring“) bei Förderprojekten ist die Barrierefreiheit sehr gut miteingebunden worden. Wenn ich Stellungnahmen zu Projekten in der Region schreibe, dann ist das Thema „Barrierefreiheit“ immer ein ganz wichtiger Aspekt. Ich möchte es an der Stelle nochmal deutlich hervorheben: Als „Kümmerer“

muss man dieses Thema in der Region mit Herzblut leben. Nur so erreichen wir die Leistungsträger. Es ist kein Selbstläufer. Man erreicht eine hohe Zahl von Zertifizierungen, wenn man die Leistungsträger mit Leidenschaft anspricht, so dass sie wirklich mitmachen wollen und den Serviceaspekt in den Blick nehmen. Nicht die Zertifizierung ist nachher das wirkliche Ergebnis, sondern die Mitarbeiter vor Ort, welche das Thema auch leben müssen.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Wemken. Für alle, die es noch nicht wissen: Wir haben auf dem Bildschirm eine Uhr, die läuft nach unten, und wenn sie rot ist, dann ist die Zeit abgelaufen. Das hatte ich versäumt zu sagen. Vielen Dank. Von der Unionsfraktion hat Frau Abg. Heike Brehmer das Wort.

Abg. **Heike Brehmer** (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragen an zwei Sachverständige und ich würde mit Herrn Tino Richter beginnen: Was sind Ihre zentralen positiven Erfahrungen mit dem Programm „Sachsen Barrierefrei“ und was wünschen Sie sich für die strukturelle und inhaltliche Zukunft des Bundesprogramms „Reisen für Alle“? Wir sind auf der Zielgeraden und hoffen, dass das auch einem guten Ende zugeführt wird. Wie sähe aus Ihrer Sicht eine optimale werbliche Aufstellung barrierefreier Angebote am Markt aus?

Meine zweite Frage geht an Herrn Markus Luthé. Welche Herausforderungen ergeben sich speziell für die Hotellerie mit Blick auf das barrierefreie Reisen und wie kann diese in Zukunft besser adressiert werden?

Tino Richter (Tourismusverband Sächsische Schweiz): Wir haben in Sachsen schon sehr lange den barrierefreien Tourismus auf den Weg gebracht. Deswegen haben wir eine gewisse Sonderrolle und sind bei „Reisen für Alle“ auch nicht sofort eingestiegen. Speziell wir als Sächsische Schweiz haben uns als nachhaltige Tourismusregion vorgenommen, das Thema hochzuhängen.

„Sachsen Barrierefrei“ haben wir gemeinsam mit der Sächsischen Tourismus Marketing Gesellschaft hochgezogen und uns schon sehr lange mit barrierefreiem Tourismus beschäftigt. Besonders auch bei uns in der Region, der Sächsischen Schweiz, die als Bergregion vielleicht erstmal nicht so



barrierefrei anzumuten scheint, haben wir dieses Thema als Herzenssache vorangetrieben.

Die barrierefreie Plattform „Reisen für Alle“ ist ein wichtiger Punkt. Es ist keine Werbeplattform, auf der Leistungsträger ihr Geschäft akquirieren, sondern es ist eine öffentliche Infrastruktur, auf der Informationen zu barrierefreien Angeboten bereitgestellt werden. Das ist der wichtige Ansatz, den man sehen muss. Wir brauchen diese öffentliche Unterstützung, damit diese Infrastruktur funktioniert, damit die Leistungsträger einen möglichst einfachen Zugang haben. Wir stellen fest, dass unsere Partner in Hotellerie, Gastronomie, aber auch im Freizeitgewerbe ohnehin schon sehr belastet sind und meist immer diesen Anschlag, diese „Kümmerer“ vor Ort brauchen, die den barrierefreien Tourismus auch in die Köpfe reinbringen. Wir haben bei uns in der Region bemerkt, dass, wenn man Partner persönlich anspricht und sie mitnimmt, man auch ihre Bereitschaft wecken kann, sich zertifizieren zu lassen. Das beinhaltet ebenso, bei sich vor Ort ermitteln zu lassen, welche Möglichkeiten vorhanden sind. Wir merken, dass wir über diesen Weg viele Partner gewinnen und das System füllen können.

Dazu brauchen wir ein System, das möglichst einfach funktioniert. Das ist bei barrierefreien Reisen nur bedingt möglich, weil wir sehr viele Daten und Maße vor Ort erheben müssen. Das ist der eine Aspekt. Der andere ist, dass wir einen möglichst einfachen Zugang brauchen. Das heißt, wir stellen fest, dass bei den Unternehmern keine große Bereitschaft vorhanden ist, sich an solchen Systemen finanziell zu beteiligen. Wir brauchen daher einen leichten Zugang und Verlässlichkeit. Das ist das Wichtigste, was wir auch im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Leichter Reisen“ erwarten: Dass diese Plattform „Reisen für Alle“ da ist. Wir sind dankbar, dass sie geschaffen wurde, aber allein die vielen Diskussionen der letzten Wochen um die Zukunft haben wieder für Verunsicherung gesorgt. Wir würden gerne von unserer Destinationsebene aus auch mehr dafür tun, dass wir diese Plattform nutzen können. Sachsen hat schon signalisiert, dass wir uns der Plattform auch anschließen wollen. Wir denken, dass wir auch noch mehr Partner gewinnen können, wenn die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass die Plattform „Reisen für Alle“ funktioniert. Aber es geht nur mit der vorhandenen Basisinfrastruktur und den „Kümmerern“,

die bei den Leistungsträgern für das System werben.

Markus Luthé (Hotelverband Deutschland): Wie bekommt man Angebot und Nachfrage hier zusammen? Es ist ein Produkt, der Markt soll funktionieren und es gibt Inkompatibilitäten auf beiden Seiten. Ich habe in der Stellungnahme ein wenig ausgeholt. Vorläufer des Modells waren unsere Zielvereinbarungen und ich gebe zu, nach wirklich schwierigen, komplexen Verhandlungen haben wir unsere Hotelführer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) und des Hotelverbandes Deutschland (IHA) umgestellt. Wir haben verbindliche, eidesstattliche Erklärungen der Hoteliers eingefordert, dass sie tatsächlich diese Kriterien einhalten. Anschließend haben wir sie auf unserer Plattform als barrierefrei nach den entsprechenden Kategorien gekennzeichnet. Ich hatte dann die naive Erwartung: „Jetzt brechen unsere Server zusammen.“ De facto ist gar nichts passiert. Diese Systeme sind bei der geneigten Zielgruppe im Wesentlichen unbekannt geblieben. Ich hatte damals den Sozialverband VdK gebeten, eine Mitteilung an die zehn Millionen Mitglieder im VdK zu machen, dass es nur zwei Hotelführer gibt, die diese Kategorien der Barrierefreiheit korrekt abbilden. Das ist unterblieben, wir haben auch keine entsprechende Nachfrage festgestellt. Wenn ein Hotelier nie eine Nachfrage erhält, ob seine Zimmer wirklich Kategorie B oder A der Barrierefreiheit sind, dann interessiert es ihn irgendwann auch nicht mehr. So kommt es, dass es keine Nachfrage und damit auch keine Zahlungsbereitschaft seitens der Hoteliers gibt.

Ich habe die Vertreter der Behindertenverbände 2009 aufgefordert, auch von den Onlinebuchungsportalen zu fordern, dass sie die Kategorien umsetzen und ausweisen. Ich habe vorhin nochmal nachgeschaut: Da finden Sie nichts. Da können Sie nur reine Prosa bei den Onlinebuchungsportalen lesen. Wenn der Hotelier nicht sieht, dass er durch das überprüfte Zertifikat in Sachen Barrierefreiheit einen Marktvorteil hat und es ihm auch tatsächlich keinen Marktvorteil bringt, dann ist das gesamte System „unrund“ an dieser Stelle.

Abg. **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich freue mich sehr, dass wir das gleiche Ziel verfolgen, und zwar „Reisen für Alle“ zu erhalten und



zum Erfolg zu führen. Das ist ein sehr wichtiger Impuls, den wir alle gemeinsam hier haben.

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Schrader vom Deutschen Seminar für Tourismus Berlin (DSFT) mit einer Bitte um eine möglichst knappe Antwort. Sie kritisieren in Ihrer Stellungnahme, dass die Preise für Zertifizierungen, für Lizenzen, für Schulungen seit mehreren Jahren nicht mehr angepasst wurden und die Einnahmen die Kosten nicht abdecken. Nun waren Sie bislang Träger des Systems. Was haben Sie konkret getan, um die Einnahmebasis zu erhöhen?

Rolf Schrader (Deutsches Seminar für Tourismus Berlin e. V.): Wir haben dieses System gemeinsam mit den Betroffenenverbänden, mit den Tourismusverbänden und mit den Ländern entwickelt. Auch die sogenannte „Preisliste“ haben wir immer gemeinsam in Absprache mit diesen Partnern gemacht. Die Zahlungsbereitschaft war immer gering und wir wurden gebeten, die Preise nicht zu erhöhen. Da wir eine Förderung erhalten haben, war die Notwendigkeit starker Preiserhöhungen nicht da, zumal alle Partner sagen: „Mit noch höheren Preisen funktioniert das System nicht.“ Daher haben wir in Absprache mit den Partnern nichts unternommen. Aber die Preise sind auch nicht das ausschlaggebende Argument. Es gibt Bundesländer, in denen die Zertifizierung für die Betriebe kaum oder nur geringe Kosten verursacht. In Niedersachsen kostet die Erstzertifizierung nur 50 Euro. In Berlin, Hamburg und in manchen anderen Bundesländern wurde oder wird sie noch unterstützt. Das heißt, wir haben schon gemerkt, dass es nicht an dem Preis liegt, sondern die Zielgruppe passt vielleicht nicht zu dem Angebot. Die Betriebe haben vielleicht am Anfang auch Angst gehabt, ob sie mit diesen Gästen klarkommen oder ob sie vielleicht Beschwerden erhalten, wenn sie nicht das liefern, was die Gäste erwarten. Der Preis allein ist also nicht das ausschlaggebende Argument. Wir haben aber die Aufgabe gehabt, ein wirtschaftlich tragfähiges System zu entwickeln und da beißt es sich ein bisschen. Das ist der Grund für den aktuellen Stand der Dinge.

Abg. **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine zweite Frage geht an Herrn Kunz vom Deutschen Tourismusverband (DTV). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

hat jetzt die Neuaufstellung des Prozesses zu „Reisen für Alle“ eingeleitet. Ich würde Sie gerne um eine Einschätzung bitten, wie Sie als DTV diesen wichtigen Prozess konstruktiv begleiten.

Norbert Kunz (Deutscher Tourismusverband e. V.): Das ist jetzt ein sehr wichtiger Prozess, vor dem das System steht. Dazu gehört auch eine ehrliche Bilanz der letzten Jahre des Projektes „Reisen für Alle“. Die Zahlen sind mehrfach vorgetragen worden. Wir haben nicht einmal 3.000 touristische Angebote im System, aber laut der Statistik fast 8 Millionen Menschen, die dringend auf solche Angebote angewiesen sind. Auf der anderen Seite haben wir 650.000 Betriebe, die theoretisch erreichbar wären. Wenn es jetzt diesen Neuanfang gibt, dann muss man überlegen, ob wir es beim barrierefreien Reisen den Regeln des Marktes überlassen, ob das System funktioniert oder nicht. Wir als DTV unterstützen massiv mit unseren Ländern das Projekt und haben uns heute auch nochmal in einem Brief ausdrücklich an die Ausschussmitglieder des Tourismusausschusses und auch an das Bundeswirtschaftsministerium gewandt und dies deutlich gemacht.

Ich habe die Untersuchung „Barrierefreier Tourismus“ aus dem Jahr 2008 mitgebracht, sie wurde vom Bundeswirtschaftsministerium beauftragt. Darin sieht man das wunderschön. Wir kommen aus einer Zeit des Flickenteppichs. Jedes Bundesland, jede Reiseregion, die sich diesem wichtigen Thema widmen wollte, hatte ein eigenes *Label*, ein eigenes Siegel. Die Entscheidung, ein nationales Siegel zu schaffen, war genau richtig. Ein Siegel, hinter dem auch überprüfte Qualität steckt. Denn es bringt niemandem etwas, wenn man ein Versprechen leistet, und am Ende steht der Reisende vor der Tür und kommt vielleicht über eine Schwelle nicht rüber.

Der Anspruch ist genau richtig. Aber wenn das System am freien Markt zusammen mit einer Projektförderung, die irgendwann ein Ende haben muss, nicht funktioniert, kann man durchaus zu dem Ergebnis kommen, dass Bund und Länder in gemeinsamer Verantwortung eine Finanzierungsstruktur schaffen sollten, die dauerhaft stabil und sicher ist. Genau das ist der Kritikpunkt, den wir haben. Das System ist aus unserer Sicht für die nächsten Jahre stattdessen so angelegt, dass es sich aus den eigenen Einnahmen finanzieren soll. Wenn man sich



das anschaut, dann sind das ungefähr Einnahmen in Höhe von 120.000 bis 140.000 Euro, mit denen der Träger rechnen kann. Das halten wir für viel zu niedrig – sowohl angesichts der enormen Aufgaben, die allein der laufende Betrieb schon erfordert, als auch der Anforderungen, die wir alle an das System haben. Es soll einfacher, transparenter, schneller und marktgängiger sein. Es soll mehr *Marketing* gemacht werden. Daher erwarten wir, dass der Bund mit den Ländern gemeinsam in eine dauerhafte Finanzierung einsteigt.

Abg. **Reginald Hanke** (FDP): Frau Fauß, vielen Dank für Ihre Stellungnahme. Es sind sehr gute Initiativen, die bei uns in Thüringen laufen und sie sind aus unserer Sicht auch beispielhaft dafür, wie das bundesweit einheitliche Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“ durch engagiertes Handeln einer Landesmarketingorganisation ergänzt wird.

Meine Frage geht an Frau Fauß. Gibt es bei der Thüringer Tourismus GmbH auch ein Vorschlagsystem, wie ich es auch aus Kommunen kenne, über das betroffene Bürger direkt Anregungen geben können, wo zum Beispiel dringend barrierefreie Angebote benötigt werden und wo auch *Feedback* aufgegriffen wird in Bezug auf bereits existierende zertifizierte Angebote?

Peggy Fauß (Thüringer Tourismus GmbH): Unsere Telefonnummer wird publiziert und man kann sich an uns wenden. Tatsächlich kommen solche Anfragen aber eher beim Landesbehindertenbeauftragten an. Bei uns sind es die Touristen, die sich erkundigen, welche Angebote es an barrierefreien Ferienwohnungen gibt und was in den einzelnen Regionen möglich ist. Wenn uns An- und Nachfragen erreichen, dann nehmen wir sie auf und kümmern uns darum. Ich bin sehr oft auch vor Ort und schaue mir die Angebote an.

Ansonsten greifen wir sehr viel auf „Reisen für Alle“ zurück. Wir nutzen es als Informationssystem in der Beratung. Zudem nutzen wir das System, um es weiterzuentwickeln und auch Rundum-Angebote zu schaffen. Ich persönlich sehe das auch als eine Möglichkeit, das System auszuweiten und attraktiver zu machen, indem man einfach schaut, welche Regionen, welche Städte sich dazu bekennen, um die ganze touristische Servicekette abzudecken. Da sehe ich sehr viel Potenzial. Wir haben

mit Erfurt ein gutes Beispiel und jetzt ziehen einige Städte und Regionen auch nach, in denen man dann relativ schnell eine große Anzahl an Betrieben zertifiziert bekommt. Im Rahmen unseres Projektes „Der perfekte Tag“ bereiten wir diese Angebote inspirativ durch entsprechenden *Content* auf, um sie nochmal besser in die Vermarktung bringen zu können. Das ist an sich auch die Aufgabe der Landesmarketingorganisation: Thüringen als barrierefreies Reiseland bzw. als Reiseland für Menschen mit Behinderung attraktiver zu machen. Ein dahingehendes Vorschlagswesen kommt tatsächlich aus den Kommunen und von den Behindertenbeauftragten. Wir gehen dann auch darauf ein und schauen uns das an.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Meine erste Frage geht an Herrn Luthé. Sie haben in Ihrem Statement schon darauf hingewiesen, dass teilnehmende Hotelbetriebe oftmals keinen wirklichen Vorteil sehen, weil sie beispielsweise auf den Buchungsplattformen nicht gesondert ausgewiesen sind. Was müsste aus Ihrer Sicht getan werden, dass teilnehmende Hotels besser auf den Buchungsplattformen zu sehen sind? Haben Sie konkrete Ideen dazu?

Sie hatten vorhin auch eine bessere Information durch den VdK angesprochen. Daher geht meine zweite Frage an Herrn Fischer. Ist es denn korrekt, dass der VdK nicht darüber informiert, zum Beispiel in einer Rundmail? Falls nein, wieso nicht? Falls doch, dann wäre es gut, wenn Sie uns hier nochmal aufklären könnten.

Die letzte Frage geht nochmal an Herrn Luthé. Wir haben schon mehrfach gelesen oder auch gehört, dass insbesondere diese erstmalige Zertifizierung sehr zeit- und arbeitsaufwendig ist und dass deswegen viele Betriebe davor zurückschrecken. Was wäre aus Ihrer Sicht ein Ansatz, um diese Zertifizierung unbürokratischer zu machen oder dafür zu sorgen, dass sie weniger abschreckt?

Markus Luthé (Hotelverband Deutschland): Das mit der Entbürokratisierung der Zertifizierung klingt wirklich gut. Es ist einfach, zu sagen: „Verschlanken, vereinfachen, weniger Kriterien, Kosten senken.“ Ich habe in den sehr schwierigen Verhandlungen mit den Vertretern der Menschen mit Behinderungen allerdings gelernt, dass das nicht



geht. Man kann den Komplexitätsgrad nicht vereinfachen. Es gibt Rollstuhlfahrer, die brauchen 80 cm, andere brauchen 95 cm Türrahmenweite. Da können Sie keinen Kompromiss bei 88,5 cm machen. Sie können auch nicht sagen: „Wir können uns bei Türen nicht einigen, dann ist die Tür kein Kriterium.“ Das funktioniert nicht. Ich glaube, dieser Kriterienkatalog ist der Komplexität angemessen, die er abbilden muss.

Wir sind auch nicht viel weitergekommen. Wir haben sogar Videos produziert. Wir haben den Hoteliers Vermessungsbeispiele gegeben, wie sie die Erfassung selbst machen sollten, um zu korrekten Daten zu kommen. Es scheitert. Und zwar nicht am bösen Willen, es scheitert an der Komplexität dessen, was dort erhoben werden muss. Man braucht also ein System von einheitlich bundesweit geschulten Menschen, die einen notwendigerweise komplexen Erhebungsbogen abarbeiten. Ich glaube, da wird man nichts einsparen können.

Man kann selbstverständlich mehr Marketingmaßnahmen ergreifen, es noch intensiver zu den Hoteliers tragen, aber Hoteliers sind Unternehmer. Sie verstehen Marktsignale. Sie brauchen einen sichtbaren Vorteil davon, dass sie dort gelistet sind, indem klar von der Zielgruppe artikuliert wird: „Ich buche bei Ihnen, weil sie dieses *Label* haben und ich mich darauf verlassen kann.“, dann ist es erst eine „runde“ Geschichte. All das ist komplett ausgeblieben. Da gibt es lobenswerte Ansätze von den *Destinationsmarketingorganisationen* (DMOs) aus dem Tourismus, aber das hat nicht die Marktrelevanz für uns. Buchungen aus diesem Bereich – wir fassen schon alle Reiseveranstaltungen, alle DMOs zusammen – kommen nicht mal auf 10 Prozent der Buchungen in deutschen Hotels. Das nimmt der Hotelier nicht als eine Nachfrage am Markt wahr, die Investment, die Aktion voraussetzt. Deswegen muss der Appell auch an alle gehen, die im System beteiligt sind, sich eindeutiger im Markt zu artikulieren. Die Buchungsportale, über die nun mal 30 Prozent aller Buchungen in Deutschland im Moment laufen und die abgesehen von den Buchungen auch die Sichtbarkeit bringen, müssen zwingend einbezogen werden. § 5 Behindertengleichstellungsgesetz gibt allen Vertretern der Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, sie in dieser Weise einzubeziehen. Uns gegenüber hat man das 2003 getan und dann war Stille.

Jonas Fischer (Sozialverband VdK Deutschland e. V.): Herr Luthe, wir haben zwar 2,2 Millionen, aber keine 10 Millionen Mitglieder, also das wäre ein bisschen zu viel der Ehre für den VdK. Aber es ist völlig richtig, dass wir ein großer Akteur in dem Bereich sind. Wir haben in unserer Verbandszeitschrift über das Thema „Reisen für Alle“ und das Angebot kontinuierlich informiert. Als im letzten Jahr in Rede stand, dass es in Zukunft kein System mehr geben werde, haben wir auch an den unmittelbaren Rückmeldungen unserer Mitglieder gemerkt, dass das System bekannt ist und dass die Sorge groß war, dass es nicht fortgeführt werden soll.

Unsere Mitglieder wissen um das System, sie nutzen und schätzen es auch. Deswegen wäre mein Ansatz eher auch nochmal der, die Bürgerinnen und Bürger auf das Informationssystem aufmerksam zu machen. Je häufiger sie feststellen, dass es sich tatsächlich lohnt, in dem System nachzuschauen und ein passendes Angebot zu finden, desto eher werden sie auch immer wieder dorthin zurückkehren. Wenn sie jetzt aber die Erfahrung machen, sie öffnen das System und für das Ziel, wo sie hinwollen, finden sie keine Angaben, dann senkt das die Attraktivität für weitere folgende Besuche.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Könnten Sie noch etwas zu den Verhandlungen mit Buchungsplattformen sagen? Ich halte das für einen gangbaren und klugen Weg. Sind Sie im Gespräch mit denen? Ist das angestrebt oder findet das nicht statt?

Jonas Fischer (Sozialverband VdK Deutschland e. V.): Bisher sind wir nicht in Gesprächen, aber ich bin immer offen für Anregungen. Ich bin seit anderthalb Jahren in dem Beruf. Bisher hat sich das nicht ergeben, aber ich nehme die Anregungen gerne mit.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Wir kommen zur zweiten Fragerunde. Und wir starten wieder mit Frau Troff-Schaffarzyk von der SPD-Fraktion.

Abg. **Anja Troff-Schaffarzyk** (SPD): Meine zweite Frage geht an Herrn Schrader (DSFT). Die Institution DSFT betreibt im Moment noch das System „Reisen für Alle“. Ich möchte auf diese Zahl der 2.700 bisher zertifizierten Betriebe zurückkommen.



Es schwingt immer so mit, dass noch viel Luft nach oben ist. Diese Zahl wird angeführt, um zu zeigen, dass dieses System nicht erfolgreich ist. Ich habe in Ihrer, wie auch in der Stellungnahme von Frau Wemken gelesen, dass wir diese Zahl bitte nicht zum Richtwert für den Erfolg oder Nichterfolg des Programmes machen sollten und dass die Zahl auch schon über den ursprünglichen Prognosen und den realistischen Erwartungen liegt.

Da schließt sich die Frage an: Müssen wir noch in Sachen Skalierbarkeit etwas tun und wenn ja, was ist die Hauptstellschraube, an der wir drehen und wo wir unterstützen können? Ist es die Anzahl der Erheberinnen und Erheber, die wir vielleicht steigern müssen? Der Prüfaufwand, der verringert werden muss? Oder liegt es an der Bekanntheit und der Vermarktung des Systems?

Sie haben in Ihrer Stellungnahme angesprochen, dass man auch weiterhin eine bundesweit zuständige Koordinierungs- und Prüfstelle braucht, wenn das System auf einen anderen Betreiber übergeht. Wir haben heute schon öfter gehört, dass der Umgang damit in den Bundesländern sehr unterschiedlich ist. Was ist das Haupthemmnis in den Bundesländern, wo das System noch nicht so verbreitet ist?

Rolf Schrader (Deutsches Seminar für Tourismus Berlin e. V.): Ich habe schon versucht, in der Stellungnahme einiges zu beantworten. Wir haben viel Erfahrung, denn wir machen das seit über zehn Jahren. Es gibt Bundesländer oder Regionen, die bereits ein System hatten und die lange gezögert haben, um auf dieses bundesweite System umzusteigen, weil sie gesagt haben, es ist vielleicht komplexer oder teurer usw. Es gibt einige Bundesländer, die sind erst 2020 dazugekommen, aber betreiben teilweise immer noch ihre Parallelsysteme. Ich nenne mal als Beispiel Sachsen. Es gibt dort etwa 500 Betriebe im eigenen System und eine Handvoll in unserem System, weil sie im Gespräch mit einem Betrieb sagen: „Du kannst auch unser System nehmen. Es ist günstiger und vielleicht auch besser.“ Wir haben daher immer noch diese Wettbewerbssituation. Es gibt zwar de facto ein deutschlandweites System, aber manche Bundesländer haben Parallelsysteme und andere Bundesländer oder Regionen sind einfach nicht so aktiv wie Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz oder Ostfriesland.

Viele Regionen und Länder waren sehr aktiv und haben das System mit Förderungen gekoppelt und die „Kümmerer“-Rollen übernommen. Dort gibt es dann auch viele Betriebe im System. Und wenn sie es dann auch finanziell attraktiver machen, weil sie es noch ein bisschen unterstützen, bekommen sie auch mehr Betriebe.

Vor zehn, zwölf Jahren war das Thema auch noch nicht so populär, was es auch heute immer noch nicht so sehr ist. Es dauert seine Zeit. Deswegen ärgert mich das sehr, diese Zahl von 650.000 Betrieben zu hören, die man erhält, wenn man alle Imbissbuden und jede kleine Touristeninformation zusammenzählt. Unser Ansatz aber war: Wir wollen erstmal die Leuchttürme der Branche – die herausragenden Museen und Betriebe –, die gesamte Servicekette und die Betriebe gewinnen, die auch Interesse an den Gästen haben. Diese haben vielleicht auch schon ein Angebot und müssen nicht erst umbauen oder haben davor Angst. Unsere Ziele, die von einer externen Beratung auch definiert wurden, lagen daher bei etwa 5.000 Betrieben, die wir bis 2028 erreichen können. Das waren realistische Annahmen, wenn man dafür auch Geld verlangt, wenn man diese Komplexität hat – die Betriebe müssen auch eine Schulung machen und sie müssen den Prozess nach drei Jahren wiederholen. Da sind wir auf einer guten Zielgeraden. 50.000 oder gar 600.000 Betriebe: Das wird mit einem freiwilligen System, wie wir das heute haben, mit diesem Aufwand nicht funktionieren. Es ist aus meiner Sicht auch nicht sinnvoll. Das ist wie mit Kanonen auf Spatzen schießen, wenn wir jede kleine „Bude“ in unserem System beschreiben, weil sie vielleicht auch gar nicht für die Gäste geeignet ist.

Abg. **Anja Troff-Schaffarzyk** (SPD): Was ist die Hauptstellschraube, an der man drehen kann, um die Skalierbarkeit nach oben zu treiben?

Rolf Schrader (Deutsches Seminar für Tourismus Berlin e. V.): Das System selbst ist skalierbar. Wir selbst vertreiben es nicht an den Betrieb, sondern das machen unsere Lizenznehmer, also die Partner in den Bundesländern, in den Regionen. Uns wäre es am liebsten, wenn jeder touristische Ort einen Verantwortlichen hätte, der das System kennt und der dann seine Betriebe abklappert und sagt: „Das ist unsere Zielgruppe, wir wollen hier auch aktiv werden. Wir haben ein nationales System, wir



würden mit dir gerne diesen Prozess anschubsen.“ Man bräuchte viele „Kümmerer“ auf den unterschiedlichsten Ebenen.

Abg. **Wilfried Oellers** (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an den VdK, an Herrn Fischer. Was muss sich denn aus Ihrer Sicht ändern, damit „Reisen für Alle“ in der Tat auch für die Tourismuswirtschaft attraktiv, aber auch für die Reisenden praktikabel ist?

In unserem Antrag, den wir mit der Unionsfraktion eingebracht haben, fordern wir eine Vereinfachung durch bundeseinheitliche und einfache Regelungen zur Handhabung des Systems „Reisen für Alle“. Welche Möglichkeiten sehen Sie da? Sie haben auch zu bedenken gegeben, dass es nicht zu schlank werden darf.

Jonas Fischer (Sozialverband VdK Deutschland e. V.): Ich fange mit der Frage der Verschlankung an. Die Stellungnahme von Herrn Schrader vom Deutschen Seminar für Tourismus hat gezeigt, dass das nicht die Stellschraube ist. Wenn die Erheber schon in den Betrieben sind, dann ist nicht die Frage, ob die jetzt 20, 21 oder 22 Fragen stellen, sondern wir brauchen deutlich mehr Erheber. Wir brauchen ein größeres Engagement vor Ort.

Wir als VdK könnten uns auch vorstellen, dass tatsächlich etwas gesetzlich gemacht wird. Wir könnten uns vorstellen, die Marktdurchdringung dadurch zu erhöhen, dass wir zu einer Kopplung an Zulassungsverfahren kommen. Es gibt aktuell Gespräche darüber, ob die Regierung, wie sie es in ihrem Koalitionsvertrag vorgehabt hat, private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen auch zur Barrierefreiheit bzw. zum Ergreifen angemessener Vorkehrungen verpflichtet. Wenn es dazu tatsächlich kommt, wäre natürlich „Reisen für Alle“ auch eine sehr gute Möglichkeit für diese Anbieter, ihr entsprechendes Engagement dort zu zeigen. Das würde uns sicherlich freuen.

Andererseits kommt die Nachfrage auch durch das Angebot. Je mehr Leute wissen, dass es das System gibt, je mehr Leute ihre positiven Buchungserfahrungen machen, desto eher werden sie immer wieder darauf zurückgreifen. Wir haben aber aktuell immer noch blinde Flecken in unserem Land und die Leute machen dann ein- oder zweimal eine

entsprechende Erfahrung und empfinden das System dann nicht mehr als tragfähig.

Abg. **Wilfried Oellers** (CDU/CSU): Meine nächste Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Fischer. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch die Pläne kritisiert, dass man die Thematik „Reisen für Alle“ organisatorisch in die Koordinierung der Länder legen will. Worin liegen aus Ihrer Sicht hier die konkreten Risiken und wie kann es gelingen, dass man vielleicht doch zu bundeseinheitliche Standards gelangt?

Jonas Fischer (Sozialverband VdK Deutschland e. V.): Das habe ich tatsächlich kritisiert, genau aus dem Grund, der eben schon angesprochen wurde: Dass wir es zwingend verhindern müssen, wieder in eine Phase zurückzukommen, in der es einen Flickenteppich in Deutschland gibt. Die Leute sind zwingend darauf angewiesen, zu wissen – Herr Luthé hat eben auch darauf hingewiesen –, welche Angaben wirklich für sie persönlich passend sind. Das werden wir nur erreichen, wenn wir eine breite und bundeseinheitliche Vergleichbarkeit der Kriterien haben. Aus meiner Sicht wäre es daher zwingend notwendig, die Parallelprogramme, die es in den Ländern immer noch gibt, in das Projekt „Reisen für Alle“ reinzuholen. Meinetwegen können die Länder weiterhin diese Programme betreiben, aber sie sollten zumindest dann gleichzeitig auch in „Reisen für Alle“ vorkommen. Für die Stabilität des Systems wäre eine Bundesförderung – und zwar keine Projektförderung, sondern eine dauerhafte Förderung – sicherlich gut.

Abg. **Wilfried Oellers** (CDU/CSU): Eine weitere Frage an Sie, Herr Fischer. Die Bundesregierung ist dabei, Pläne zu erarbeiten. Wie beurteilen Sie diese und vor allen Dingen, wie fühlen Sie sich als VdK und Interessenverband mitgenommen bei der ganzen Diskussion?

Jonas Fischer (Sozialverband VdK Deutschland e. V.): In dem Prozess der letzten zwei Jahre fühlen wir uns als Verbände tatsächlich nicht gut mitgenommen. Der Projektbeirat von „Reisen für Alle“ hat seit Herbst 2021 nicht mehr getagt. Während der ganzen Phase der Verunsicherung wurde also dort nicht miteinander gesprochen. Auf der anderen Seite sind wir auch nicht an der Leistungsbeschreibung für die Koordinierungsstelle beteiligt



worden, die jetzt eingerichtet werden soll. Wir haben einzelne Gespräche mit dem Ministerium geführt, aber die können keinen strukturierten Partizipationsprozess ersetzen. Man muss sich immer wieder Gewahr machen, dass es sich bei den Verbänden nicht nur um die Zielgruppe „Menschen mit Behinderung“ handelt, sondern auch um die Experten, die am besten wissen, welche Bedarfe tatsächlich da sind. Diese Einbindung hätten wir uns tatsächlich stärker gewünscht.

Abg. Matthias Gastel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte den Fokus ein wenig erweitern. Wir sprechen hier über die Barrieren, die sich insbesondere innerhalb von Hotels auftun. Ich möchte aber auch die An- und Abreise zum Thema machen. Sie ist entscheidend dafür, ob man überhaupt an eine Urlaubsdestination gelangen kann oder nicht. Wenn man eine entsprechende Einschränkung hat – beispielsweise im Rollstuhl sitzt – und an Bahnhöfen auf Treppen, defekte Aufzüge oder Bushaltestellen stößt, die nicht entsprechend ausgebaut sind, dann sind all diese Dinge, die Menschen mit Behinderung oft davon abhalten, überhaupt Reisen zu unternehmen. Bei einem Fachgespräch, das wir als Bundestagsfraktion durchgeführt haben, habe ich nochmal bewusst wahrgenommen, dass viele Menschen mit Behinderung immer das gleiche Reiseziel aufsuchen, weil sie dann wissen, was sie dort vorfinden.

Deswegen geht meine Frage vor allem an den VdK und den Deutschen Behindertenrat. Welche Handlungsbedarfe sehen Sie für An- und Abreise und Mobilität am Urlaubsort? Welche Informationen sind verbesserbar? Wo sehen Sie entsprechende Möglichkeiten? Wie können diese Aspekte bei Weiterentwicklungen von Zertifizierungen berücksichtigt werden?

Jonas Fischer (Sozialverband VdK Deutschland e. V.): Die Frage leitet in das größere Feld der Barrierefreiheit über. Die Mobilität vor Ort wird vom jeweiligen öffentlichen Personennahverkehr abgedeckt und da müssen wir feststellen, dass das Personenbeförderungsgesetz, was eine Barrierefreiheit des ÖPNV seit dem 01.01.2022 vorschreibt, schlicht und ergreifend nicht umgesetzt wird. Im Koalitionsvertrag ist angekündigt, dass die Ausnahmeregelungen, die dazu führen, dass wir vor Ort im ÖPNV noch nicht barrierefrei sind, bis Ende 2026

abgeschafft werden sollen. Das wäre sicherlich aus unserer Perspektive wichtig.

Auf der anderen Seite wissen wir aber auch aus anderen Gesprächen mit den Kommunen und Ländern vor Ort, dass den Kommunen das Geld fehlt, die Barrierefreiheit herzustellen. Deswegen fordern wir schon lange ein zweckgebundenes Förderprogramm, was sich rein an die Herstellung der Barrierefreiheit im ÖPNV richtet. Was die Deutsche Bahn angeht, die die Menschen an den Urlaubsort bringt, können wir schlicht und ergreifend nicht nachvollziehen, wie es bei einer Eigentümerstellung des Bundes immer noch sein kann, dass Züge angeschafft werden, die nicht barrierefrei sind. Hier arbeiten wir kontinuierlich in der programmbegleitenden Arbeitsgruppe der Deutschen Bahn darauf hin, aber müssen feststellen, dass es noch viel zu langsam geht. Insofern unterstütze ich beide Anliegen und wenn Sie das auch tun würden, wären wir da ein Stück weiter.

André Nowak (Deutscher Behindertenrat): Daran würde ich gerne anknüpfen. Wir reden immer von der gesamten Servicekette und Sie als Touristiker wissen auch, wie wichtig die gesamte Servicekette für den Erfolg einer Reise ist. Es sind nicht nur einzelne Bausteine und da fängt es mit der Information an. Wenn ich irgendwo hinfliege, muss ich sehen: Wie komme ich zum Flughafen und wie komme ich vom Flughafen wieder weg zu dem nächsten Ort und wo erhalte ich die entsprechenden Informationen? Wie verlässlich sind diese? Wenn jemand mit einer Beeinträchtigung reisen muss, dann findet er über die App der Bahn nicht alle Informationen, die er braucht. Er braucht Angaben, ob er auf den Bahnsteig kommt, wie er in den Zug reinkommt, ob da noch ein Platz für ihn ist, ob er im Zug auf eine Toilette kommt oder nicht. Alle diese Informationen fehlen. Man muss sie sich mühsam zusammensuchen und dann sind sie zum Teil auch nicht verlässlich.

Es betrifft nicht nur die Bahn, sondern auch viele andere Punkte. Bleiben wir beim Rollstuhlfahrer. Von den 650.000 Destinationen oder Einrichtungen sind vielleicht 10 Prozent für diese Gruppe geeignet, aber diese 10 Prozent zu finden, wird schon schwierig, wenn man nicht die entsprechenden Informationen hat. Der Staat hat laut Artikel 3 der UN-Behindertenrechtskonvention zu



gewährleisten, dass Menschen mit Behinderung genauso wie alle anderen Menschen am Tourismus teilhaben können. Es ist eine Verpflichtung, die der Staat mit der Ratifizierung der Konvention eingegangen ist. Deswegen pochen wir auch so darauf, dass wir sagen: „Es genügt nicht nur, 2.700 oder 3.000 oder 4.000 Einrichtungen zu zertifizieren. Sondern wenn schon, dann wollen wir die Informationen von allen haben.“ Genauso wie auch Sie den Zugang zu allen touristischen Einrichtungen haben und sich das Entsprechende aussuchen können, wenn Sie ein Hotel oder eine Bahn buchen.

Abg. **Reginald Hanke** (FDP): Meine Frage geht an Frau Fauß. Sie äußerten in Ihrer Stellungnahme die Sorge, dass der künftige Träger bzw. die Koordinierungsstelle von „Reisen für Alle“ womöglich nicht die Aufgabe der inhaltlichen und digitalen Weiterentwicklung des Systems haben würde. Worauf begründet sich Ihre Annahme konkret? Vielleicht kann dann das Ministerium auch einen Beitrag dazu geben.

Peggy Fauß (Thüringer Tourismus GmbH): Diese Sorge bezieht sich auf die Leistungsbeschreibung für diese Koordinierungsstelle, die von Seiten des Ministeriums herausgegeben wurde. In dieser Leistungsbeschreibung ist immer die Rede von Abwicklung der Zertifizierungen und dem reinen Zertifizierungswesen. Bei allem anderen, was vorhin auch schon angesprochen wurde, sei es die Verschlinkung oder die Vereinfachung des Systems, heißt es immer, dass dies in Abstimmung der Länder erfolge. Wir – da spreche ich auch nicht nur für die Thüringer Tourismus GmbH (TTG), sondern auch für die Kollegen der anderen Landesmarketingorganisationen – finden, dass es weiterhin eine Koordinierungsstelle braucht, die das einfach bundesweit regelt, die auch den Kontakt zu den betroffenen Verbänden hält, die alle zusammenbringt. Das kann nicht Aufgabe von 16 Bundesländern sein. Wie sollen wir uns in dieser Koordinierung finden? Diese Koordinierungsstelle muss nicht nur die Zertifizierung, sondern auch die Weiterentwicklung des Systems begleiten. Das kann nicht von 16 Bundesländern geleistet werden.

Das Deutsche Seminar für Tourismus (DSFT) hat im Endeffekt das System und die Datenbank weiterentwickelt, was wir teilweise auch gar nicht alles mitbekommen haben. Es hat mal mehr, mal

weniger auch die Kommunikation zwischen den einzelnen Beteiligten – Lizenznehmer, Projektbeirat, Betroffenenverbände – koordiniert. Es gibt also ein Vorleben und dass dies einfach auch für die Weiterführung des Systems auf finanziell gesicherte Beine gestellt wird, das wäre uns ein Anliegen.

Iris Wehrmann (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz): Ich möchte mit ein paar Missverständnissen aufräumen, die sich vielleicht ergeben haben. Es wird eine Koordinierungsstelle geben. Der Nachfolger des DSFT – das heißt der neue Träger – hat auch Aufgaben, die das DSFT hatte, aber es ist eine Verschlinkung des Systems damit verbunden. Wir sind im Moment noch dabei, diese Organisationsuntersuchung durchzuführen und das läuft ein bisschen parallel, weil wir uns auch anschauen müssen, wie genau wir in die Verschlinkung reingehen. Damit begleiten wir als Bund die Organisationsuntersuchung, die wir auch finanzieren. Auch die Datenbankoptimierung wird durch den Bund beauftragt und noch abgeschlossen werden. Zusammengefasst: Es gibt eine Koordinierungsstelle und der Name Koordinierungsstelle ist auch Programm.

Abg. **Nico Tippelt** (FDP): Das ist sehr spannend. Insofern würde ich die Frage auch an Herrn Norbert Kunz weitergeben, wie er das bewertet und einschätzt und welche Wünsche und Bedürfnisse er hat, damit wir wirklich auch vorwärts kommen mit der ganzen Geschichte.

Norbert Kunz (Deutscher Tourismusverband e. V.): Wir müssen uns bewusst machen – und das ist bei den Sachverständigen schon deutlich geworden –, dass wir es hier mit einem Qualitätssystem, mit einem Standard zu tun haben, den wir national setzen wollen. Das ist die Basis. Ich sehe auch Einvernehmen auf der Expertenseite, dass wir keinen Flickenteppich mehr und nicht zurück zu Insellösungen in einzelnen Regionen und Ländern wollen.

Wenn wir ein nationales *Label* wollen, dann bedeutet dies, dass das jetzige System kritisch angeschaut und reformiert werden muss. Zu den bereits genannten Stellschrauben möchte ich auch noch weitere ausführen. So gehen aus dem Gutachten des *dwif (Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr e. V. an der Universität*



München, Anm.) aus dem Jahr 2018 noch ein paar andere Stellschrauben hervor, die auch schon in die Diskussion der Länder eingespeist worden sind. Das ist beispielsweise das Thema „Preissystem“. Herr Schrader hat völlig Recht: Die Länder unterstützen das System, indem sie es über Landesmittel subventioniert an die Betriebe weitergeben. Das ist die Systematik.

Wenn man sich aber das Preissystem Stand 2023 anschaut, dann haben wir es mit einem sehr komplexen System zu tun und mit sehr unterschiedlichen Preisen in den Ländern. Das ist dem dwif auch aufgefallen und damals wurde schon gefragt, wie viel ein Betrieb zu zahlen bereit ist. Die ermittelte Zahl war 400 Euro im Durchschnitt. Das System geht teilweise weit über diese Summe hinaus. Wie gesagt: Die Länder unterstützen das System, weil sie politisch und auch gesellschaftlich den Anspruch haben, „Reisen für Alle“ zu unterstützen. Aber wir müssen auch an die Bezahlbarkeit des Systems seitens der Betriebe denken.

Wichtig ist aus meiner Sicht zudem, die Datenauspielung unbedingt in den Blick zu nehmen und mit der inhaltlichen Neuausrichtung des Systems sofort zu beginnen und nicht nur daran zu denken, wie man schnellstmöglich einen neuen Träger findet.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Ich schließe direkt an Herrn Kunz an. Wir haben gerade über diese Koordinierungsstelle gesprochen und Sie haben geschrieben, dass das Verfahren bei der Koordinierungsstelle und auch die Suche nach dem neuen Träger für Sie nicht ganz akzeptabel war. Könnten Sie Ihre Kritikpunkte erläutern?

Norbert Kunz (Deutscher Tourismusverband e. V.): Ich habe auf das Gutachten des dwif von 2018 hingewiesen. Darin sind viele kritische und auch selbstkritische Hinweise enthalten und wir müssen uns alle – auch wir als Branche – fragen: „Was haben wir eigentlich seit 2018 gemeinsam unternommen, um aus diesen Lehren und aus diesen Hinweisen des dwif Schlüsse für die Neuaufstellung und Weiterentwicklung des Systems zu ziehen?“. Wenn das seit 2018 passiert wäre, dann würden wir jetzt nicht vor dieser Situation hier in diesem Ausschuss sitzen und am 15. November noch nicht wissen, wer der Träger des Systems Anfang 2024

sein wird. Das muss ich sehr deutlich sagen.

Was haben wir versäumt? Wir alle – sowohl die Politik als auch die Branche – haben versäumt, über das Preissystem nachzudenken. Wir haben versäumt, darüber nachzudenken, wie wir auch öffentliche touristische Betriebe besser erreichen können. Wenn man sich die Liste der 3.000 zertifizierten Betriebe im Detail anschaut, dann sind da zahlreiche gute Ansätze enthalten, aber es fehlen ganz eindeutig auch zahlreiche Betriebsarten und Betriebsformen in der touristischen Akteurslandschaft. Gäbe es mehr Beispiele wie Ostfriesland, dann wären wir wesentlich weiter mit dem System.

„Kümmerer“ vor Ort ist das nächste Thema. Sie sind auch sehr wichtig, um das System gemeinschaftlich zu betreiben. „Kümmerer“ vor Ort bedeutet, dass es aus meiner Sicht ein Gemeinschaftsvorhaben von Bund und Ländern sein muss. Die Länder organisieren das „Vor-Ort“: Sie entwickeln das System, kümmern sich um das *Marketing*, haben den Kontakt zu und sind in einem Qualitätsdiskurs mit den Betrieben. Sie haben das System in ihrer touristischen Konzeption und ihren regionalen Tourismusstrategien integriert. Der Bund schafft mit der Finanzierung des Trägers wiederum den gemeinsamen Rahmen.

Wir müssen auch an die Förderlandschaft denken. „Reisen für Alle“ ist Bestandteil der nationalen Förderkulisse. Es lohnt daher der Blick, wie unterschiedlich „Reisen für Alle“ in der Förderkulisse bei Investitionen in Betriebe vorkommt und wo es nicht vorkommt. Ich habe versucht, das auch ganz kurz in der Stellungnahme zu berichten und gute Beispiele genannt, bei denen an einen Betrieb, der öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, die Bedingung gestellt wird, sich auch den Voraussetzungen des Siegels „Reisen für Alle“ zu stellen. Das ist nicht in allen Ländern überall flächendeckend gleich. Aber auch auf diese Weise kann man ein solches System unterstützen und flankieren.

Nicht zuletzt geht es auch darum, gemeinsam ein klares Ziel zu definieren. Ein Mindestmaß an Betrieben wäre deutlich über 25.000, 40.000 Betriebe, was auch realistisch ist. Wir müssen uns eins klar machen: Wir erreichen mit dem System nicht mal die Betriebe, die die Kriterien schon jetzt erfüllen. Das muss uns nachdenklich stimmen. Es braucht



eine große Kraftanstrengung, um auf allen Ebenen gemeinsam voranzukommen. Nicht zuletzt muss die Finanzierungsstruktur gesichert werden.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Meine zweite Frage geht an Herrn Fischer. Sie haben gesagt, dass das mit diesen Buchungsplattformen (*Verhandlungen mit den Buchungsplattformen, Anm.*) – da sprächen Sie für sich persönlich – bisher einfach nur nicht reingepasst habe. Sie nähmen das aber gerne mit. Das begrüße ich schon mal sehr.

Als freiheitlicher Mensch bin ich etwas hellhörig geworden, als Sie in Ihrem vorigen *Statement* davon gesprochen haben, man müsse die Zulassung zum Beispiel von Hotels an ihre Barrierefreiheit koppeln oder Barrierefreiheit verpflichtend vorschreiben. Da würde mich interessieren: War das auch Ihre persönliche Meinung oder die des VdK?

Können Sie erläutern, warum man über Maßnahmen, die nicht so schwerwiegend in den Markt eingreifen, offensichtlich noch nicht nachgedacht hat, aber über die Verpflichtung, die Zulassung an die Barrierefreiheit zu koppeln, anscheinend schon?

Jonas Fischer (Sozialverband VdK Deutschland e. V.): Sie können davon ausgehen, dass ich hier als Vertreter des VdK spreche und nicht als Privatperson. Insofern ist es die Position des VdK, dass wir flächendeckende Barrierefreiheit bei uns in diesem Land erreichen wollen. Und diese flächendeckende Barrierefreiheit erreichen wir aktuell nicht.

Ich möchte auch kurz sagen, dass hier immer von barrierefreiem Reisen gesprochen wird. Wir reden hier aber über ein *Informationstool*, was Barrieren, die bestehen oder vielleicht auch nicht bestehen, aufdeckt. Wir reden noch gar nicht darüber, barrierefreies Reisen überhaupt flächendeckend herzustellen, sondern erstmal nur die Information darüber zu schaffen, wo Barrieren sind. Insofern zielt Ihre andere Frage eher auf den allgemeinen Standpunkt des VdK ab, wie wir zu mehr Barrierefreiheit kommen. Als VdK können wir uns vorstellen, nach dem allgemeinen Gleichstellungsgesetz die Barrierefreiheit für private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen vorzuschreiben, das heißt, die Versagung der Barrierefreiheit würde eine Diskriminierung darstellen. In anderen europäischen Ländern ist das der Fall. Das sind auch freiheitlich

demokratische Staaten, wie beispielsweise Österreich. Also insofern machen Sie sich da keine Sorgen. Das ist der Ansatz des VdK.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer öffentlichen Anhörung. Ich bedanke mich herzlich im Namen aller Ausschussmitglieder für Ihre Teilnahme und für Ihr Verständnis für die heutige zeitliche Verschiebung. Vielen Dank, dass Sie uns hier Rede und Antwort gestanden haben und wir wieder eine Menge für unsere Arbeit mitnehmen können. In diesem Sinne beende ich die öffentliche Ausschuss-Anhörung.

Schluss der Sitzung: 17:05 Uhr

Jana Schimke, MdB
Vorsitzende



Verweis auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Rolf Schrader

A-Drs. 20(20)129

Imke Wemken

A-Drs. 20(20)130

Markus Luthe

A-Drs. 20(20)131

Tino Richter

A-Drs. 20(20)132

Norbert Kunz

A-Drs. 20(20)133

Peggy Fauß

A-Drs. 20(20)134

Jonas Fischer

A-Drs. 20(20)135

André Nowak

A-Drs. 20(20)136